

Armenien & die EU: Fortschritte unter schwierigen Umständen

Ein politischer Kommentar

VON ELMAR BROK, MDEP

Im Herbst 2013 wurde Armenien zu einer folgenschweren Entscheidung gezwungen: gegen eine klare europäische Perspektive, und für eine noch stärkere Abhängigkeit von Russland. Dem starken Druck Putins und den



angedrohten sicherheitspolitischen Konsequenzen war wohl nur schwer zu widerstehen. Das bereits fertig ausgehandelte Assoziierungsabkommen einschließlich eines vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens (DCFTA) und die damit verbundene weitere Integration Armeniens in die Europäische Union waren vom Tisch; stattdessen führte der Weg des Landes in die Eurasische Wirtschaftsunion. Dieses Beispiel zeigt eindrucksvoll, wie Russland mit aller Macht die Annäherung ehemaliger Sowjetrepubliken an den Westen – also EU, USA und NATO – verhindert.

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1991 hatte Armenien zunächst recht erfolgreich eine außenpolitische Strategie verfolgt, die sich um eine ausgewogene Balance der Partnerschaften mit Russland einerseits und dem Westen andererseits bemühte. Dies ist im schwierigen geopolitischen Kontext Armeniens verständlich, und in der EU waren wir uns der komplexen Abhängigkeitsverhältnisse immer sehr bewusst. Wirtschaftlich hatte sich Armenien seit Abschluss unseres Partnerschafts- und Kooperationsabkommens im Jahr 1999 zunehmend der EU zugewandt; das Land glänzte durch einen stabilen Reformkurs, und bei der Bevölkerung fand der europäische Kurs einen großen Zuspruch. Sicherheitspolitisch hingegen bestand schon immer eine starke Bindung an Russland.

Dass Sicherheitsbelange für Armenien absoluten Vorrang haben, ist nachvollziehbar. Klar ist: Ohne Sicherheit und Stabilität kann es selten Fortschritt und Entwicklung geben. Auch die EU setzt sich dafür ein, Stabilität und langfristige politische Lösungen für die gesamte Südkaukasus-Region herbeizuführen. Anders als Putins Russland verfolgen wir mit unserer Außenpolitik jedoch nicht die Strategie, die Schwachstellen unserer Partner zu missbrauchen. Im Gegenteil: Es ist in unserem Eigeninteresse und basiert zudem auf unseren Werten, unseren Partnern dabei zu helfen, sich positiv zu entwickeln. Wir sind fest davon überzeugt: Je stärker und erfolgreicher unsere Partner werden, desto sicherer und erfolgreicher sind auch wir als EU. Eine klassische *Win-Win*-Situation also. Leider teilen nicht alle der Partner Armeniens diese Einstellung – für Russland gilt offenbar: je schwächer, desto besser.

Es dürfte nicht verwundern, dass die EU enttäuscht war über die erzwungene Kehrtwende Armeniens im Herbst 2013. Wir hätten vom Verhandlungstisch weggehen und Armenien mitteilen können, dass es für uns nichts mehr zu diskutieren gibt. Dies entspräche jedoch nicht unserer Art des Umgangs miteinander. Stattdessen haben wir auch unter den verkomplizierten Rahmenbedingungen nach einer Lösung gesucht, um unsere Beziehungen auf eine neue Stufe zu bringen und die Verhandlungen über ein neues Vertragsverhältnis zwischen der EU und Armenien zu beginnen. Dieses wird natürlich nicht so ehrgeizig und weitreichend sein können, wie es mit dem ursprünglich geplanten Abkommen der Fall gewesen wäre. Angesichts der Umstände haben wir jedoch das bestmögliche Ergebnis erzielt. Wir akzeptieren, dass Armenien seine anderweitigen Verpflichtungen erfüllen muss.

Das nun im März vereinbarte umfassende und erweiterte Partnerschaftsabkommen wird ein deutlicher Fortschritt in den Beziehungen zwischen der EU und Armenien sein. Es wird den politischen Dialog zwischen beiden Partnern stärken und eine gute Grundlage für die Fortsetzung wirtschaftlicher und sozialer Reformen bilden. Starke Verpflichtungen gegenüber Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit untermauern die künftige Zusammenarbeit zwischen der EU und Armenien. Weiterhin wird ein Rahmen geschaffen für eine stärkere Kooperation in Sektoren wie Energie, Verkehr und Umwelt, für

bessere Chancen im Bereich Handel und Investitionen sowie für eine erhöhte Mobilität zugunsten der Bürgerinnen und Bürger.

Trotz der Einflussnahme Russlands sind die Beziehungen zwischen der EU und Armenien in den letzten Jahren stärker geworden. Das neue Abkommen wird unsere Beziehungen im Rahmen der überarbeiteten Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft noch weiter vertiefen. Das macht Hoffnung. Zukünftige EU-Armenien-Beziehungen auf der Grundlage von CEPA sollen zeigen, dass Armenien sowohl Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion sein als auch eine umfassende und verbesserte Partnerschaft mit der EU haben kann. Die EU hat wiederholt klar gemacht, dass es kein Widerspruch für ein Land ist, Mitglied der EAWU zu sein und parallel dazu separate Vereinbarungen mit der EU zu haben. Die EU hat keinen binären Ansatz; die Östliche Partnerschaft ist kein Nullsummenspiel gegen jeden. Klar ist jedoch auch: So lange Russland einen dermaßen starken negativen Einfluss auf Armenien ausübt und das Land unter größtem politischen Druck seiner Souveränität beraubt, dürfte es mit einem wirklich bedeutenden Freihandelsabkommen mit der EU sehr schwierig werden – von noch weiter reichenden Schritten ganz zu schweigen.

Wir freuen uns nicht über den vor vier Jahren eingeschlagenen Weg Armeniens, aber wir verstehen die Gründe hierfür und sehen die schwierige Situation des Landes. In 37 Jahren als Mitglied des Europäischen Parlaments habe ich jedoch eine Sache gelernt: dass oftmals große Geduld vonnöten ist, um ans Ziel zu kommen. Dies gilt ganz besonders für das Feld der auswärtigen Beziehungen. In der internationalen Politik sollte man immer versuchen, vor allem den langfristigen Horizont im Blick zu halten. Nichts währt für immer. Aus diesem Grund ist es für die Europäische Union wichtig, unter den aktuell gegebenen Umständen das volle Potenzial der Beziehungen zu Armenien zu nutzen. Was dann die Zukunft bringen wird... – damit werden wir uns in der Zukunft beschäftigen.

Zur Person: Elmar Brok ist seit 1980 Mitglied des Europäischen Parlaments (EP), er ist u.a. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses (AFET), dessen Vorsitzender er von 1999 bis 2007 und von 2012 bis Januar 2017 war.